Stadt Münster 10.03.2008

Niederschrift

über die 27. Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung
am Donnerstag, **28.02.2008**, 17:00 Uhr,
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Georg Berding , Josef Messing , Ursula Schaffstein , Florian Steinforth , Stefan Weber , Simone Wendland

von der SPD-Fraktion

Manfred Engelmann , Elke Leiendecker , Kurt Pölling

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Heribert Klas , Thomas Marczinkowski (ab 17.30 Uhr)

von der FDP-Fraktion

Hans Varnhagen

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Fritz Pfau (ab 18.45 Uhr)

von der Verwaltung

Erwin Goerke , Dr. Wolf Heinrichs , Michaela Heuer , Horst-Werner Koch (bis TOP 9), Jochen Lüken , Steffen Maser , Detlef Sonntag

für die Schriftführung

Andrea Gottlob

Es fehlten:

Werner Quante , Dr. Rita Stein-Redent

Tagesordnung:

	1.	Eingänge und Mitteilungen
V/0105/2008 IV	2.	Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes in Münster - finanzielle Gesamtentwicklung
V/0122/2008 IV	3.	Umsetzung des Kinderbildunggesetzes - Personalentwicklung für die städtischen Kindertageseinrichtungen
V/0094/2008 IV	4.	"Kinderhort Berg Fidel" Weiterführung des Hortes der AWO im Stadtteil Berg-Fidel
V/0110/2008 IV	5.	Umwandlung der Hauptschule Wolbeck in eine erweiterte Ganztagsschule mit einem Ganztagszug zum Schuljahr 2008/2009
V/0056/2008 IV	6.	Einrichtung integrativer Lerngruppen an der Droste-Hauptschule Roxel ab dem Schuljahr 2008/2009
V/0027/2008 III	7.	Ergänzung der Leitlinie zur Genehmigungspraxis bei der Freigabe von Verkaufssonntagen nach dem Ladenöffnungsgesetz
V/0033/2008 I	8.	Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, - Innenstadtbereich "Altstadt/Bahnhofsviertel" - für die Jahre 2008 bis 2010 und für das Offenhalten der Verkaufsstellen am 01.06.2008 zu der Veranstaltung "6. Gremmendorfer Straßenfest"
V/0050/2008 IV	9.	Wirtschaftsplan Spielzeit 2008/2009 der Städtischen Bühnen
V/0159/2008 IV	10.	NRW-Sportschule
	11.	Beratung des Stellenplanes der Stadt Münster für das Jahr 2008
	12.	Beratung des Haushaltsplanes der Stadt Münster für das Jahr 2008
	13.	Verschiedenes

Punkt 1 der Tagesordnung	**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Weber wies zunächst auf die zur heutigen Sitzung verteilten Anträge der Fraktionen zum Stellenplan hin, die unter TOP 10 der öffentlichen Sitzung beraten würden.

Ebenso wies er auf den Antrag der CDU-Fraktion zur Verkehrsunfallprävention hin, der heute eingebracht und in der nächsten Sitzung dann beraten werde. Die Mitglieder des Ausschusses nahmen dies zur Kenntnis.

Des Weiteren lag den Ausschussmitgliedern die Vorlage V/0159/2008 „NRW-Sportschule“ als Tischvorlage vor, die bisher noch nicht auf der Tagesordnung enthalten war. Herr Weber schlug vor, die Vorlage als TOP 10 vor den Beratungen zum Stellenplan und zum Haushaltsplan 2008 aufzunehmen. Die weiteren TOPs würden sich dann entsprechend nach hinten verschieben. Die Ausschussmitglieder erklärten sich damit einverstanden.

Sodann berichtete Herr Dr. Heinrichs kurz über den Stand der Tarifverhandlungen in Potsdam, an denen er als Vertreter des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Nordrhein-Westfalen teilnehme. Dabei stellte er die beiden Punkte Arbeitszeiterhöhung und Leistungsentgelt heraus. Die letzte Verhandlungsrunde sei für den 06./07.03. vorgesehen. Sollte es hier zu keiner Einigung kommen, werde die Schlichtung angerufen. Während der Schlichtung herrsche Friedenspflicht, was bedeute, dass es in dieser Zeit keinen Streik geben dürfe. Die Schlichtung könne max. 3 Wochen dauern. Sollte die Schlichtung scheitern, sei damit zu rechnen, dass es anschließend zu „Erzwingungsstreiks“ komme. Dies seien dann keine Warnstreiks mehr, sondern unbegrenzte und mit anderen, heftigeren Auswirkungen behaftete Streiks. Man hoffe jedoch, dass spätestens in der Schlichtung eine Einigung erzielt werde.

Des Weiteren berichtete Herr Dr. Heinrichs zu den Kampfmittelfunden auf dem Stubengassenparkplatz. Zwischenzeitlich sei hier eine Firma tätig, die die Aushubarbeiten ständig beobachte und in der Lage sei, nach einem Fund unmittelbar zu beurteilen, welche Maßnahmen erforderlich würden. Man müsse davon ausgehen, dass weitere Bomben gefunden werden.

Herr Koch, Ordnungsamt, informierte den Ausschuss über den Stand der Beschwerde einer Bewohnerin der Kreuzstraße. Hierzu hatte Herr Varnhagen in der letzten Sitzung angefragt. Das Antwortschreiben an die Bewohnerin sei noch nicht herausgegangen. Die Verwaltung sei jedoch mit der Dame telefonisch in Kontakt. Diese habe sich einverstanden erklärt, dass das Schreiben in den nächsten Tagen verschickt werde. Nach Recherche der Verwaltung handele es sich bei dem Vorfall wohl um einen Einzelfall an einem Wochenende im letzten Jahr. Die Kreuzstraße sei eine sog. 1a-Lage, die vom Ordnungsamt regelmäßig beobachtet werde.

Punkt 2 der Tagesordnung V/0105/2008	**Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes in Münster - finanzielle Gesamtentwicklung**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bündnis90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen der SPD dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster beschließt, dass die zur Umsetzung des neuen Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) für die Kindertagesbetreuung in Münster benötigten zusätzlichen Mittel im Haushalt bereitgestellt werden (Vgl. Veränderungsblätter). Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt einer entsprechenden Bewilligung der Landeszuschüsse.

2. Der Rat der Stadt Münster nimmt in diesem Zusammenhang zur Kenntnis, dass die Beschlussfassung zu 1. unaufschiebbar ist, da aufgrund der rechtlichen Regelungen eine fristgerechte Beantragung der Landesförderung zum 15.03.2008 ansonsten nicht gewährleistet ist.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass zusätzliche Kosten von rd. 2.000.000 € jährlich zur Deckung der Betriebskosten für Kindertageseinrichtungen nach dem KiBiz entstehen.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Vorbemerkung: Die Haushaltsdarstellung ist jährlich. Die Berechnung der Betriebskosten für die Kindertageseinrichtungen in Münster richtet sich dagegen nach dem Kindergartenjahr; d. h. von jeweils 01.08. eines Jahres bis zum 31.07. des Folgejahres. Die Ansatzberechnung ist deshalb immer als Mischkalkulation zweier Zeiträume zu verstehen. Für das Jahr 2008 entstehen zusätzliche Kosten für 5 Monate (01.08. bis 31.12.2008).

Aufwendungen					
	Nr.	**Bezeichnung**	**Haush.-jahr**	**Zusätzlicher Betrag €**	**Bemerkungen**
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			
Teilergebnisplan (Zeile)	11	Personalaufwendungen[1]	2008	**348.410 €**	**Aktueller Gesamtansatz:** 11.394.450 €
	15	Transferaufwendungen[2]	2008	**1.200.000 €**	**Aktueller Gesamtansatz:** 45.647.100 €
Insgesamt zusätzlich 2008:				**1.548.417 €**	
Teilergebnisplan (Zeile)	11	Personalaufwendungen[1]	2009ff.	**836.200 €**	**Aktueller Gesamtansatz:** 11.421.990 €
	15	Transferaufwendungen[2]	2009ff.	**2.920.000 €**	**Aktueller Gesamtansatz:** 48.021.080 €
Insgesamt zusätzlich 2009:				**3.756.200 €**	
Ein Teil der zusätzlichen Aufwendungen sind bereits etaisiert.					

[1] Personalaufwendungen für die städtischen Kindertageseinrichtungen. Im Gesamtansatz sind alle Personalaufwendungen der Abteilung Tagesbetreuung für Kinder enthalten (Pädagogisches Personal und Verwaltung).

[2] In dem Gesamtansatz Transferaufwendungen sind neben den Budgets für Zuschüsse zu den Betriebskosten nach dem GTK und für das städtische u3-Ausbauprogramm u. a. auch noch die prognostizierten Aufwendungen für freiwillige Zuschüsse und für Zuschüsse zur Förderung von Tagespflegestellen enthalten. Im Rahmen der Betriebskostenzuschüssen fördert die Stadt Münster Personal- und Sachkosten, die bei den freien Trägern entstehen.

Erträge					
	Nr.	**Bezeichnung**	**Haush.-jahr**	**Zusätzlicher Betrag €**	**Bemerkungen**
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			
Teilergebnisplan (Zeile)	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2008	**765.000€**	**Aktueller Gesamtansatz:** 16.608.320 €
Insgesamt zusätzlich 2008:				**765.000 €**	

Teilergebnisplan (Zeile)	02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2009 ff.	**1.834.000 €**	**Aktueller Gesamtansatz:** 17.237.960 €
Insgesamt zusätzlich 2009 ff.:				**1.834.000 €**	

Die vorgenannten Erträge aus Landeszuschüssen (Produktgruppe 0601 - Förderung von Kindern in Tagesbetreuung; 02 Zuwendungen und allgemeine Umlagen) sind Schätzungen, die zurzeit noch nicht bis auf die Ebene der einzelnen Einrichtung heruntergebrochen werden können. Unwägbarkeiten gibt es speziell bezüglich der Zuschüssen für Kinder mit integrativer Förderung sowie hinsichtlich der Zuschüsse für unter 3-jährige Kinder, die eventuell einer noch nicht benannten Kontingentierung unterliegen. Darüber hinaus kann die Höhe der Landeszuschüsse für reguläre Plätze erst verbindlich bestimmt werden, wenn die Bewilligung des Landes im April dieses Jahres vorliegt.

Aufgrund der bisherigen Schätzungen zu den Erträgen wird zurzeit davon ausgegangen, dass jährlich rund 2.000.000 € an zusätzlichen Mitteln zur Deckung der Betriebskosten benötigt werden. (vgl. V/0734/2007 KiBiz - Folgeabschätzung des neuen Kinderbildungsgesetzes für Münster).

Alle notwendigen Vorlagen zu Einzelmaßnahmen sowie detaillierte Informationen über die Auswirkungen in den Bezirken werden den politischen Gremien nach der Bewilligung der Landesmittel vorgelegt.

Punkt 3 der Tagesordnung V/0122/2008	**Umsetzung des Kinderbildunggesetzes - Personalentwicklung für die städtischen Kindertageseinrichtungen**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

3. Im Stellenplan 2008 werden 2008 in der Produktgruppe 0601 zum 01.08. zusätzliche Planstellen für pädagogische Fachkräfte der Entgeltgruppe 6 TVöD (Vergütungsgruppe Vc/VIb BAT) eingerichtet:
   - 19,0 Stellen für zusätzlichen Personalbedarf durch die Einführung des Kinderbildungsgesetz (KiBiz).

4. Im Stellenplan 2008 wird in der Produktgruppe 0601 für die jährliche Antragstellung an das Land, die Abrechnung und Erstellung der Verwendungsnachweise für die Kindpauschalen, einschließlich der Aktivitäten bei Über- und Unterschreitung zwischen den Ergebnissen der Jugendhilfeplanungen und der tatsächlichen Inanspruchnahme, für die städtischen Einrichtungen sowie die Einrichtungen der sonstigen Träger 1,0 Stelle der Entgeltgruppe 6 (Vergütungsgruppe VIb BAT) eingerichtet.

Die Punkte II. und III. dieser Vorlage werden nachrichtlich wiedergegeben. Die Beschlussfassung zur Finanzierung ist Teil der Vorlage V/0105/2008 (Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes - finanzielle Gesamtentwicklung).

Nachrichtlich: **II. Kosten/Folgekosten**

Bezogen auf die städtischen Kindertageseinrichtungen werden zur Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes zusätzliche Personalaufwendungen in der folgender Höhe anfallen:

Stellen	Personalaufwendungen €	
	2008	2009
19 Stellen aus KiBiz	330.990 €	794.390 €
1 Stelle Verwaltung	17.420 €	41.810 €

Nachrichtlich: **III. Finanzierung/Mittelbereitstellung**

Aufwendungen					
	Nr.	**Bezeichnung**	**Haush.-jahr**	**Zusätzlicher Betrag €**	**Bemerkungen**
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			
Teilergebnisplan (Zeile)	11	Personalaufwendungen[1]	2008	**348.410 €**	**Aktueller Gesamtansatz:** 11.394.450 €
Insgesamt zusätzlich 2008:				**348.410 €**	
Teilergebnisplan (Zeile)	11	Personalaufwendungen[1]	2009	**836.200 €**	**Aktueller Gesamtansatz:** 11.421.990 €
Insgesamt zusätzlich 2009:				**836.200 €**	

[1] Personalaufwendungen für die städtischen Kindertageseinrichtungen. Im Gesamtansatz sind alle Personalaufwendungen der Abteilung Tagesbetreuung für Kinder enthalten (Pädagogisches Personal und Verwaltung).

Punkt 4 der Tagesordnung V/0094/2008	**"Kinderhort Berg Fidel" Weiterführung des Hortes der AWO im Stadtteil Berg-Fidel**

Herr Klas erkundigte sich danach, ob der geltende Betreuungsschlüssel in dieser Vorlage eingehalten wurde oder nicht auf 2,5 angehoben werden müsste. Die Beratung der Vorlage wurde zunächst zurück gestellt, um hierzu Informationen aus dem zeitgleich tagenden Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien sowie der ebenfalls zeitgleich tagenden BV Hiltrup zu erhalten.

Bei Wiederaufnahme der Beratung dieser Vorlage erklärte Herr Goerke, dass der Betreuungsschlüssel für den Kinderhort Berg Fidel korrekt sei und sowohl der AKJF als auch die BV-Hiltrup die Vorlage so beschließen würden.

Sodann beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt der Verlagerung des Kinderhortes von der Trauttmansdorffstraße in die städtische Einrichtung Lorenz - Süd in Berg Fidel zu (siehe Grundsatzbeschluss Vorlage V/0886/2007).

2. Der Rat stimmt ferner den mit der Umstrukturierung verbundenen baulichen Veränderungen entsprechend dem Raumprogramm zu. Die Kosten für die Gesamtbaumaßnahme belaufen sich auf rd. 242.000,00 € (Kostenübersicht s. Anlage 1, Raumprogramm s. Anlage 2).

3. Zur Weiterführung des „Kinderhort Süd“ (vgl. Vorlage 886/2007) in Trägerschaft der Stadt Münster werden im Stellenplan 2008 eine Fachkraftstelle der Entgeltgruppe 6 TVöD (Vergütungsgruppe Vc/VIb BAT) und eine Ergänzungskraftstelle der Entgeltgruppe 3 TVöD (Vergütungsgruppe VIII/VII BAT) eingerichtet.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass entsprechend dem Beschlusspunkt 2. für die Maßnahme einmalige investive Kosten in Höhe von ca. 242.000,00 € entstehen. Für Personalaufwendungen fallen jährlich 76.850 € an.

Die Finanzierung des Weiterbetriebs der Hortgruppe erfolgt ab dem 01.08.2008 im Rahmen der dann gültigen Regelungen im Zusammenhang mit dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz).

Das Land NRW hat auf Antrag der Stadt Münster die finanzielle Beteiligung an allen sechs weiterzuführenden Hortgruppen zugesagt. Die konkreten Fördermodalitäten liegen jedoch zum Zeitpunkt der Vorlagenerstellung noch nicht vor.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Aufwendungen					
	Nr.	**Bezeichnung**	**Haush.-jahr**	**Betrag €**	**Bemerkungen**
Produktgruppe	0601	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			
Teilergebnisplan (Zeile)	11	Personalaufwendungen	2008	32.021 €	**ist zusätzlich zum Gesamtansatz i. H. v. 11.394.450 € bereitzustellen**
	11	Personalaufwendungen	2009ff	76.850 €	**ist zusätzlich zum Gesamtansatz i. H. v. 11.421.990 € bereitzustellen**

Auszahlungen					
	Nr.	**Bezeichnung**	**Haush.-jahr**	**Betrag €**	**Bemerkungen**
Produktgruppe Seite	0601 409	Förderung von Kindern in Tagesbetreuung			
Teilfinanzplan Maßnahme	4200	Umbau städt. KiTas i.R. des u3-Programms	2008	242.000,00	**im Gesamtansatz i. H. von 380.000 € enthalten**
Insgesamt:				242.000,00	

Punkt 5 der Tagesordnung V/0110/2008	Umwandlung der Hauptschule Wolbeck in eine erweiterte Ganztagsschule mit einem Ganztagszug zum Schuljahr 2008/2009

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

1. Der Rat stimmt nachträglich dem Antrag vom 30.01.2008 an die Bezirksregierung Münster zu, die Hauptschule Wolbeck zum Schuljahr 2008/2009 (01.08.2008) in eine erweiterte Ganztagsschule mit einem Ganztagszug umzuwandeln.

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass bei Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster der erweiterte Ganztagsbetrieb ab dem Schuljahr 2008/2009 schrittweise aufgebaut wird und im Jahr 2008 an der Hauptschule Wolbeck je eine Klasse der Jahrgangsstufen 5 und 6 umfasst.

3. Der Rat stimmt zu, dass mit Aufnahme des Betriebes der erweiterten Ganztagsschule beginnend mit dem Schuljahr 2008/2009 in Relation zu den betreuten Schülerinnen und Schülern das notwendige städtische Personal für den Bereich Hauswirtschaft sowie Sachmittel zur Verfügung gestellt werden.

   Dafür wird in den kommenden Stellenplänen in der Produktgruppe 0301 in der EGr. 4 TVöD (LGr. 3/4a BZT-G) eingerichtet:

Zeitpunkt	Stelle	Vermehrung
01.08.2008	0,38	0,38
01.08.2009	0,46	0,08
01.08.2010	0,54	0,08
01.08.2011	0,69	0,15
01.08.2012	0,77	0,08

   Sofern sich aus der Überarbeitung der Personalbedarfsbemessungsgrundlagen für die hauswirtschaftlichen Gehilfinnen Änderungen ergeben, wird die Verwaltung berichten und ggf. Änderungen vornehmen.

4. Im Rahmen der Überarbeitung der Bemessungsgrundlage für die Sekretariatsstunden wird auch die Ausstattung für die Hauptschule Wolbeck mit Bezug auf ihren Status als erweiterte Ganztagsschule geprüft.

II. Finanzierung:

5. Für den laufenden Betrieb sind nach Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster durch den stufenweisen Ausbau der Ganztagsbetreuung folgende Kosten zu finanzieren:

Jahr	Teil-nehmer	hausw. Gehilfin Stunden	hausw. Gehilfin Aufwendungen pro Jahr	Sachkosten (30€/Kind)	Kosten Gesamt pro Jahr
2008 (01.08.)	44	14,45 Std.	5.800 €	1.320 €	**7.120 €**
2009	66	17,69 Std.	15.130 €	1.980 €	**17.110 €**
2010	88	20,94 Std.	18.060 €	2.640 €	**20.700 €**
2011	110	26,39 Std.	22.050 €	3.300 €	**25.350 €**
2012	132	29,63 Std.	26.470 €	3.960 €	**30.430 €**
2013 ff.	132	29,63 Std.	28.180 €	3.960 €	**32.140 €**

Im Haushaltsjahr 2013 (Endausbaustufe) fallen somit bei diesen voraussichtlichen Teilnehmerzahlen Gesamtkosten i. H. v. voraussichtlich 32.140 € an.

Der für die Personal- und Sachkosten ab dem Haushaltsjahr 2008 anfallende Mehrbedarf ist im städtischen Haushalt 2008 und im Finanz- und Investitionsplan 2007 bis 2011 über entsprechende Veränderungsblätter zusätzlich bereitzustellen.

Punkt 6 der Tagesordnung V/0056/2008 — **Einrichtung integrativer Lerngruppen an der Droste-Hauptschule Roxel ab dem Schuljahr 2008/2009**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt Münster stimmt zu, dass an der Droste-Hauptschule Roxel ab dem Schuljahr 2008/09 aufbauend ein integrativer Hauptschulzweig (Jahrgänge 5 bis 10) eingerichtet wird. Eine integrative Lerngruppe wird ab dem 01.08.2008 zunächst in einer Klasse 5 angeboten.

2. Kosten/Folgekosten

2.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die personelle und sächliche Ausstattung der integrativen Lerngruppen in den Haushaltsjahren 2008 ff. insgesamt folgende zusätzlichen Kosten entstehen:

Position	Betrag 2008	Betrag 2009	Betrag 2010	Betrag 2011	Betrag 2012	Betrag 2013
Investive Beschaffungen	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €	5.000 €
Schuletat	2.800 €	3.500 €	4.200 €	4.900 €	5.600 €	6.300 €
PK Soz. Päd./ freier Träger	11.000 €	26.400 €	37.400 €	52.800 €	52.800 €	52.800 €
gesamt	**18.800 €**	**34.900 €**	**46.600 €**	**62.700 €**	**63.400 €**	**64.100 €**

(Ab dem Haushaltsjahr 2013 entfallen die einmaligen Beschaffungen sowie die einmaligen Lehrmittel.)

2.2 Die erforderlichen Mittel werden im Haushaltsplan 2008 ff. zusätzlich bereitgestellt (vgl. Anlage).

2.3 Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung, mit einem freien Träger der Jugendhilfe über die Bereitstellung der notwendigen sozialpädagogischen Fachkräfte (2 x 0,50 Stelle) wegen Kostenerstattung zu verhandeln. Sollten die Verhandlungen nicht erfolgreich abgeschlossen werden können, werden nach vorherigem Bericht durch die Verwaltung zum 01.08.2008 und 01.08.2010 jeweils 0,5 Stellen EGr. 9 TVöD (VergGr. IVb BAT) im Stellenplan 2008 und 2010 eingerichtet.

2.4 Im Rahmen der Überarbeitung der Berechnungsgrundlagen für die Sekretariatsstunden wird auch die Ausstattung der Droste-Hauptschule Roxel mit Bezug auf die neu einzurichtende integrative Lerngruppe und ihren Status als erweiterte Ganztagsschule geprüft.

Punkt 7 der Tagesordnung V/0027/2008	**Ergänzung der Leitlinie zur Genehmigungspraxis bei der Freigabe von Verkaufssonntagen nach dem Ladenöffnungsgesetz**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

Die in der Vorlage aufgeführte neue Gebietsgliederung bei der Freigabe von Verkaufssonntagen nach dem Ladenöffnungsgesetz (Anlage) wird beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Kosten für die Stadt Münster fallen nicht an.

Punkt 8 der Tagesordnung V/0033/2008	**Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, - Innenstadtbereich "Altstadt/Bahnhofsviertel" - für die Jahre 2008 bis 2010 und für das Offenhalten der Verkaufsstellen am 01.06.2008 zu der Veranstaltung "6. Gremmendorfer Straßenfest"**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

Die als **Anlage 1** und **Anlage 2** (Anlage der Originalniederschrift) beigefügten ordnungsbehördlichen Verordnungen werden beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

Punkt 9 der Tagesordnung V/0050/2008	**Wirtschaftsplan Spielzeit 2008/2009 der Städtischen Bühnen**

Nach dem Herr Klas eine Frage zu der Darstellung der Einnahmen im Wirtschaftsplan hatte und Herr Varnhagen darum bat, die Lesbarkeit und Vergleichbarkeit der Einnahmen und Ausgaben durch Gegenüberstellung der Zahlen zu verbessern, stellte Herr Weber klar, dass der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung im Wesentlichen nur über die Stellenübersicht des Wirtschaftsplanes zu beraten habe. Die inhaltlichen Fragen zu den Finanzen müssten im Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften, der am kommenden Dienstag tage, erörtert werden.

Sodann beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Rat die Annahme der Stellenübersicht des Wirtschaftsplanes der Städtischen Bühnen 2008/2009 zu empfehlen.

Punkt 10 der Tagesordnung V/0159/2008	**NRW-Sportschule**

Vorab hatte Herr Pölling bereits für die SPD-Fraktion noch Beratungsbedarf angemeldet. Es bestand Einvernehmen, dass alle die Vorlage zunächst in ihren Fraktionen beraten wollen. Um die Beratungskette jedoch nicht zu unterbrechen, beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig – vorbehaltlich der Beratungen in den Fraktionen – dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages zu empfehlen:

Beschlussvorschlag:
I. Sachentscheidung:

1. Das Konzept des Landes NRW zu den NRW-Sportschulen mit seiner überregionalen Tragweite wird zur Kenntnis genommen (Anlage 1 = Anlage der Originalniederschrift).

2. Die Abgabe eines Projektantrages für die NRW-Sportschule an das Land NRW wird unter folgende Bedingungen gestellt:

   Zur Realisierung der NRW-Sportschule wird die Verwaltung beauftragt, für den Baustein „Sportinternat“ einen Träger zu finden, der vertraglich zusichert, folgende Aufgaben in eigener Verantwortung zu übernehmen:

   - Planung, Errichtung und Finanzierung eines Sportinternats mit 30/32 Plätzen unter Einbeziehung der Bauunterhaltung und der Betriebskosten für das Gebäude über einen Zeitraum von 20/25 Jahren auf einem Grundstück im Umfeld des Pascal-Gymnasiums als NRW-Sportschule.

   - Beantragung von Sportfördermitteln des Landes NRW bei gleichzeitiger verbindlicher Verpflichtung gegenüber dem Land NRW als auch der Stadt Münster, sowohl den Landeszuschuss als auch die städtischen Mittel gemäß den entsprechenden Bedingungen der jeweiligen Förderrichtlinie über den Zweckbindungszeitraum zu sichern.

   - Bereitschaft zur Übernahme des Internatsbetriebes in eigener Verantwortung und zur Gewährleistung einer umfassenden Betreuung der Athletinnen und Athleten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen der Internatsführung und den Vorgaben der Sportverbände für die Kaderbetreuung ohne weitere Zuschüsse der Stadt Münster.

3. Sollten die vorgenannten Bedingungen sach- und zeitgerecht sowie mit hinreichender Verbindlichkeit erfüllt werden können, wird die Verwaltung ermächtigt, einen Projektantrag zu stellen. In dem Projektantrag stellt die Verwaltung sicher, dass die Stadt Münster auch für den Fall der vorzeitigen Projektaufgabe keinerlei Haftung für landesseitig gezahlte Projektmittel übernimmt. Über die Antragstellung ist in den zuständigen Gremien zu berichten. Für den Fall der Projektrealisierung stimmt der Rat zu, dass

3.1. bei Sicherstellung der o.g. Bedingungen die Stadt Münster dem Träger einen einmaligen maximalen Zuschuss zur Errichtung des Sportinternats in Höhe von rund **€ 700.000** brutto auf der Basis eines Errichtungs- und Zuschussvertrages als 30%ige Komplementärförderung zum 70%igen Zuschuss des Landes NRW zur Verfügung stellen wird.

3.2. die bauliche Erweiterung der Sporthalle am Pascal-Gymnasium in städtischer Trägerschaft auf der Grundlage des Raumprogrammes (vgl. Begründung) umgesetzt und die Verwaltung beauftragt wird, einen Baubeschluss vorzubereiten. Zur Finanzierung stellt der Rat der Stadt Münster eine maximale finanzielle städtische Beteiligung von rund 337.140 € (30 Prozent der Gesamtbausumme von 1.123.810 €) zur Verfügung. Die restliche Summe von 786.670 € wird als 70 %igen Zuschuss des Landes NRW zu den Baukosten erwartet.

3.3. bei einer erfolgreichen Bewerbung dem Pascal-Gymnasium <u>bedarfsabhängig</u> und <u>maximal</u> zusätzliche Sekretariatsstunden zur Verfügung gestellt werden:
ab 01.08.2009 (Schuljahr 2009/2010) 5,00 Std./Wo.
Die Rahmenbedingungen der sich derzeit in Überarbeitung befindlichen Bemessungsgrundlagen für Sekretariatsstunden in Schulen sind ggf. zu beachten. Die maximalen Mehraufwendungen belaufen sich auf 5.230 € (Ganzjahreskosten)

Zur Finanzierung der materiellen Ausstattung ist ein jährlicher Betrag von 15.000 € im Haushalt ab dem Schuljahr 2009/2010 anzusetzen.

II. Kosten/Folgekosten

Maßnahme	**voraussichtliche Gesamtkosten**	**maximaler Anteil Stadt**	**erwartete Beteiligung des Landes NRW**	**max. Folgekosten für die Stadt Münster**
Erweiterung Sporthalle	1.123.810 €	337.140 €	786.670 €	50.230 €
Errichtung Sportinternat		700.000 €		keine
Personalaufwendungen				5.230 €
Sachaufwendungen				15.000 €

Jährliche Folgekosten für die Bauinvestition incl. Abschreibungen der Ausstattung in Höhe von 50.230 € unter Berücksichtigung des Landeszuschusses sowie Personal- und Sachaufwendungen sind als Folgekosten im Sinne einer Vollkostenrechnung nach NKF ebenfalls bedarfsgerecht in den Haushalt einzustellen.
Insgesamt ergeben sich somit Folgekosten in Höhe von ca. 70.460,00 €.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

1.) Sportinternat

Auszahlungen					
	Nr.	**Bezeichnung**	**Haush.-jahr**	**Betrag €**	**Bemer-kungen**
Produktgruppe	0801	Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten	2008 2009	**50.000** **VE 250.000** **650.000**	**700.000 €** Max. städt. Anteil
Teilfinanzplanplan (Zeile)	11	Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen			
Investitionsmaß-nahme	4120 Baukostenzuschuss Errichtung Sportinternat				
Finanzstelle	520 0 0801 01 4120				
Sachkonto	780700				
Insgesamt:				**700.000**	

Die Mittel werden bis zur Entscheidung des Landes über den Projektantrag des Trägers gemäß Beschlussziffer 3 mit einem Sperrvermerk versehen.

Die Verwaltung fertigt das entsprechende Veränderungsblatt zum Haushalt 2008.

2.) Anbau an die Sporthalle des Pascal-Gymnasiums

2.1) Baukosten ab dem Haushaltsjahr 2008:

Auszahlungen					
	Nr.	**Bezeichnung**	**Haush.-jahr**	**Betrag €**	**Bemer-kungen**
Produktgruppe	0801	Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten	2008 2008 2009	**50.000** **VE 250.000** **1.073.810**	**337.140 €** 30 % städt. Anteil **786.670 €** 70 % Anteil des Landes
Teilfinanzplan (Zeile)	08	Auszahlungen für Baumaßnahmen			
Investitionsmaß-nahme	4121	Bauk. Anbau Sporthalle Pascal-gymnasium			
Finanzstelle	520 1 0801 02 4121				
Finanzposition	782000 / 783000				
Insgesamt:				**1.123.810**	

Die Mittel werden bis zur Entscheidung des Landes über den städtischen Projektantrag gemäß Beschlussziffer 3 mit einem Sperrvermerk versehen.

Einzahlungen

	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0801	Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten	2009	**786.670**	70 % Anteil des Landes
Teilfinanzplan (Zeile)	01	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			
Investitionsmaßnahme	4120	Bauk. Anbau Sporthalle Pascal-Gymnasium			
Finanzstelle	520 1 0801 02 4121				
Finanzposition	680100				
Insgesamt:				**786.670**	

Die Verwaltung fertigt die entsprechenden Veränderungsblätter zum Haushalt 2008.

2.2) Folgekosten ab dem Haushaltsjahr 2009:

Aufwendungen

	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0112	Gebäudemanagement	2009 ff	**ca. 50.230**	jährlich
Teilergebnisplan (Zeile)	13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen			
Kostenstelle/Auftrag	4 650 10 00 00				
Sachkonto	522100 ff				
Insgesamt:					

Die notwendigen Mittel für die Jahre ab 2009 werden durch die Verwaltung zum Haushalt 2009 ff angemeldet.

3.) ggfl. weiterer Mittelbedarf:

Aufwendungen					
	Nr.	**Bezeichnung**	**Haush.-jahr**	**Betrag €**	**Bemerkungen**
Produktgruppe	0301	Leistungen für Schulen	2009	**5.230**	jährlich
Teilergebnisplan (Zeile)	11	Personalaufwendungen			
Kostenstelle/Auftrag	6 401 9 0000				
Sachkonto	500100 ff				
Insgesamt:					
Auszahlungen					

	Nr.	**Bezeichnung**	**Haush.-jahr**	**Betrag €**	**Bemerkungen**
Produktgruppe	0801	Sportentwicklung, Sportanlagen und -stätten	2009 ff	**15.000**	jährlich
Teilfinanzplan (Zeile)	09	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen			
Investitionsmaßnahme	0100	Beschaffungen für Sporteinrichtungen			
Finanzstelle	520 9 0801 00 0100				
Finanzposition	783000				
Insgesamt:				15.000	

Die Verwaltung wird im Rahmen der jährlichen Etatplanung den Mehrbedarf zum jeweiligen Haushaltsjahr ermitteln. Die Mittelbereitstellung steht jedoch unter dem Finanzierungsvorbehalt künftiger Haushaltsjahre.

Punkt 11 der Tagesordnung	**Beratung des Stellenplanes der Stadt Münster für das Jahr 2008**

Dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung lagen zur Beratung vor:

- Stellenplanentwurf 2008
- 1. Ergänzung zum Stellenplanentwurf 2008
- Anträge der CDU/FDP-Fraktion vom 24.01.08 und 26.02.08
- Anträge der SPD-Fraktion vom 26.02.08
- Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen/GAL vom 26.02.08

Die Beratung erbrachte folgende Ergebnisse:

11.1 Stelleneinsparungen

11.1.1 Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf sowie in der 1. Ergänzung vorgeschlagenen Stelleneinsparungen (S. 29 bzw. S. 15 - 18) einverstanden.

11.1.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion vom 24.01.08:

Die CDU/FDP-Fraktion stellte folgenden Antrag:

Die Verwaltung wird beauftragt, angesichts der die Haushaltskonsolidierung erschwerenden quantitativen Personalentwicklung

1. 75 Stellen der im Gutachten von Rödl & Partner ausgemachten Einsparpotenziale im Jahr 2008 einzusparen, mindestens jedoch in diesem Umfang Stellen freizuziehen und die entsprechende Personalkosteneinsparung zu realisieren.

2. Für die im Gutachten ausgemachten Ansätze aus dem interkommunalen Vergleich Personal (IKV) ein Umsetzungsprogramm zu entwickeln und spätestens bis zum Ende des Finanzplanungszeitraums (2011) abzuarbeiten.

Herr Klas begründete ausführlich, warum seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen werde.

Herr Pölling unterstütze die Ausführungen von Herrn Klas und lehnte für seine Fraktion den Antrag ebenfalls ab.

Herr Weber begründete den Antrag detailliert und stellte eingehend die Intention seiner Fraktion für diesen Antrag dar.

Herr Dr. Heinrichs gab dazu eine umfangreiche Stellungnahme für die Verwaltungsführung ab. Die Verwaltungsführung werde sich in der nächsten Woche erneut eingehend mit der Haushaltskonsolidierung und hier insbesondere mit dem aktuellen Stand zu den Einsparungen bei den Personalaufwendungen nach dem Rödl-Gutachten sowie dem sog. IKV-Personal beschäftigten. Herr Dr. Heinrichs werde in der nächsten Sitzung des Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung dazu berichten.

Nach intensiver Diskussion beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis90/Die Grünen/GAL, den Antrag anzunehmen.

11.1.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.08

Die SPD-Fraktion stellte folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung möge beschließen:

Zur Aufrechterhaltung der historischen Bildungsarbeit im Archivamt bleibt weiter eine Vollzeitstelle G 14 erhalten. Die Einsparungen werden an anderer Stelle realisiert.

Nach kurzer Diskussion einigten sich die Mitglieder des Ausschusses darauf, den Antrag heute nicht im Ausschuss, sondern zunächst im Kreis der personalpolitischen Sprecher zu beraten. Der Antrag wird gegebenenfalls im weiteren Verlauf der Etatberatungen aufgegriffen.

11.2 Stellenvermehrungen

11.2.1 Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf vorgeschlagenen Stellenvermehrungen (S. 38 - 40) einverstanden.

11.2.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL vom 26.02.08

Herr Klas begründete die Einzelpositionen des Antrages. Die Beratung ergab folgende Ergebnisse:

- Einrichung von 2,0 hD-Stellen Umweltamt/Klenko

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD abgelehnt.

- Einrichtung einer 1,0-Arztstelle im sozialpsychiatrischen Dienst

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD abgelehnt.

- Einrichtung einer Stelle für eine Familienhebamme

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD abgelehnt.

- Einrichtung von 12 x 0,5 Stellen sozialpädagogische Fachkraft

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD abgelehnt.

- Einrichtung von 2 Stellen Schulsozialarbeiter/innen Coerde/Berg Fidel

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD abgelehnt.

- Rücknahme der Kürzungen Schulsekretariate

Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL und SPD abgelehnt.

11.2.3 Antrag der SPD-Fraktion vom 26.02.08

Die SPD-Fraktion stellte folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung möge beschließen:

1. Einrichtung einer Vollzeitstelle Sozialarbeiter/in
Produktgruppe 0701 Gesundheitsdienst
Zeile 11 Personalaufwendungen: Erhöhung des Ansatzes um 50.000 €

Begründung:
Psychisch kranke Menschen sollen durch rechtzeitige und angemessene Unterstützung befähigt werden, ein eigenverantwortliches und selbst bestimmtes Leben in Gemeinschaft zu führen.
Die derzeitige Personalausstattung führt nicht dazu, dass bei Produkt 070105 Gesundheitshilfen die vorgegebenen Ziele erreicht werden.

Abstimmung:
Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL abgelehnt

2. Einrichtung einer Vollzeitstelle eines Schulpsychologen / einer Schulpsychologin
Produktgruppe 0302 zentrale Leistungen für Schüler/innen und am Schulleben beteiligte.
Zeile 11 Personalaufwendungen: Erhöhung des Ansatzes um 70.000 €.
Die bei Produkt 0320202 schulpsychologische Beratung benannten Ziele entsprechen hinsichtlich der Reaktionszeit auf Beratungsanfragen, sowie der Einleitung von Unterstützungsmaßnahmen nicht den Erfordernissen einer zeitnahen Bereitstellung der Angebote.

Abstimmung:
Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL abgelehnt

3. Einrichtung einer Vollzeitstelle eines / einer Graffitibeauftragen

Produktgruppe 0201 ordnungsrechtliche Angelegenheiten
Zeile 11 Personalaufwendungen: Erhöhung des Ansatzes um 50.000 €

Graffitischmierereien und Vermüllungen im Stadtgebiet nehmen wieder deutlich zu. Es hat sich herausgestellt, dass die Beendigung des erfolgreichen Projektes Graffitipartnerschaft nicht zielführend war. Um das Stadtgebiet Münsters dauerhaft attraktiv zu halten, ist es geboten, eine entsprechende Vollzeitstelle vorzuhalten.

Abstimmung:
Der Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD und Enthaltungen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL abgelehnt.

11.2.4 Antrag der CDU/FDP-Fraktion vom 26.02.08

Die CDU/FDP-Fraktion stellte folgenden Antrag:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung möge beschließen:

Im Verwaltungsentwurf des Stellenplanes zum HH-Jahr 2008 wird dem Bereich Gesundheitsamt, sozialpsychiatrischer Dienst, Produktgruppe 0701 eine 0,5-Stelle zusätzlich zugeordnet. Die Finanzierung erfolgt durch Umschichtungen innerhalb des Budgets.

Dem Antrag wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Enthaltungen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL zugestimmt.

11.3 Stellenveränderungen durch Zugang aus den Wirtschaftsplänen bzw. Übergang in die Wirtschaftspläne der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf vorgeschlagenen Stellenveränderungen (S. 33) einverstanden.

11.4 Stellenwertveränderungen/Stellenverlagerungen aufgrund von Organisationsmaßnahmen und/oder Personalumsetzungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf und den in der 1. Ergänzung vorgeschlagenen Stellenwertveränderungen (S. 43 bzw. S. 19) einverstanden.

11.5 Stellenhebungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf sowie mit den in der 1. Ergänzung des Verwaltungsentwurfs (S. 47 – 53 bwz. S 23) vorgeschlagenen Stellenhebungen einverstanden.

Die Verwaltung ergänzte die Stellenhebungen um eine weitere Position. Zum Stellenplan 2008 wird die Stelle 23.00.0001 „Leitung des Amtes für Immobilienmanagement“ von Besoldungsgruppe A 16 nach B 2 angehoben.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich hiermit einstimmig einverstanden.

11.6 Anpassung des Stellen-Solls an die Ist-Einstufung nach Organisationsmaßnahme und/oder Personalumsetzung/-einsatz

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf sowie mit den in der 1. Ergänzung des Verwaltungsentwurfs (S. 57 - 58) enthaltenen Veränderungen einverstanden.

11.7 Stellenumwandlungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im Verwaltungsentwurf vorgeschlagenen Stellenumwandlungen (S. 61- 64) einverstanden.

11.8 Stellenabwertungen

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den im

Verwaltungsentwurf vorgeschlagenen Stellenabwertungen (S. 67/68) einverstanden.

11.9 Zeitlich befristete Projekte

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig mit den genannten zeitlich befristeten Projekten (S . 71/72) einverstanden.

11.10 Wegfall von kw-Vermerken

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung erklärte sich einstimmig, mit den im Verwaltungsentwurf (enthalten im Vermehrungsvorschlag Nr. 2 - S. 38) genannten Veränderungen einverstanden.

11.11 Schlussabstimmung

Bei der abschließenden Gesamtabstimmung beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung mehrheitlich mit den Stimmen von CDU/FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL dem Rat die Annahme des Stellenplanes der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2008 in der Fassung des Verwaltungsentwurfs (einschließlich der 1. Ergänzung) unter Berücksichtigung der in dieser Sitzung beschlossenen Veränderungen sowie der sich aus den Beschlüssen zu den heute beratenden Vorlagen ergebenden Veränderungen zu empfehlen.

Punkt 12 der Tagesordnung	**Beratung des Haushaltsplanes der Stadt Münster für das Jahr 2008**

Dem Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung lagen zur Beratung vor:

- Haushaltsplanentwurf 2008
- Beratungsplan mit den einzelnen in die Zuständigkeit des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung fallenden Teilergebnis- und Finanzpläne
- Veränderungslisten vom 20.02.08 und 28.02.08

Der Beratungsplan sowie die Veränderungslisten sind dem Original dieser Niederschrift beigefügt.

Zunächst gab Herr Maser, Personal- und Organisationsamt, einen kurzen Überblick zu der Kalkulation der Personalaufwendungen und dem neuen Verfahren nach NKF.

Die sich daran anschießende Beratung ergab folgende Ergebnisse:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die in seine Zuständigkeit fallenden Teilergebnis- und Finanzpläne sowie die Personal- und Versorgungsaufwendungen bzw. -auszahlungen anzunehmen.

Veränderungslisten vom 20.02.08 und 28.02.08

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, die Veränderungslisten zum Haushaltsplanentwurf anzunehmen

Schlussabstimmung:

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss anschließend mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL die in die Zuständigkeit des Ausschusses fallenden Teilergebnis- und Finanzpläne, die gesamten Personal- und Versorgungsaufwendungen bzw. –auszahlungen einschließlich der mit den Veränderungslisten jeweils vorgeschlagenen Ergänzungen anzunehmen.

Anschließend erkundigte sich Frau Wendland nach dem Härteausgleich für die Kräfte (vorrangig Erzieher/innen), die finanzielle Einbußen aufgrund der Umstellung auf den neuen Tarifvertrag hatten hinnehmen müssen. Herr Goerke erklärte dazu, dass die Verwaltung die Angelegenheit dazu bereits aufgegriffen habe.

Punkt 13 der Tagesordnung	**Verschiedenes**

Herr Weber machte zu dem Thema „e-government und Internet nutzbarer machen“ den Vorschlag, einen interfraktionellen Arbeitskreis einzurichten. Darin sollten dann Fragen zum Stand der Dinge, zu den möglichen Potentialen etc. gestellt und Lösungen erarbeitet werden. Er bat die Mitglieder des Ausschusses darum, sich bei Interesse an einer Mitarbeit in einem solchen Arbeitskreis bei ihm zu melden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Ende der Sitzung: 18:46 Uhr

Gez.
Stefan Weber
Vorsitz

Gez.
Andrea Gottlob
Schriftführung